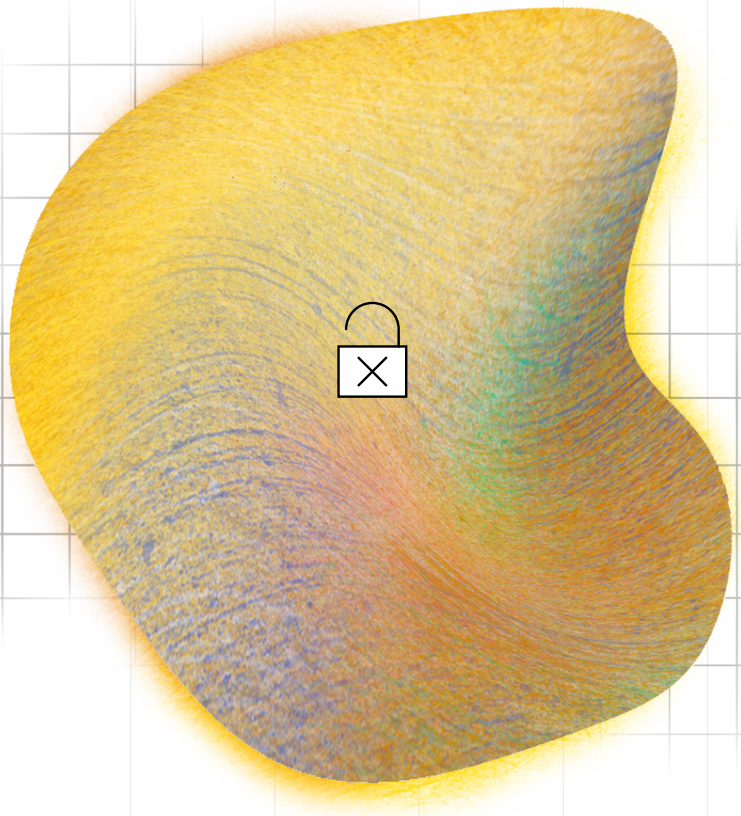
upgrade
democracy

Policy Brief



Digitale Diskurse und demokratische Öffentlichkeit 2035

Wie Politik heute die Zukunft gestalten kann

Charlotte Freihse und Kai Unzicker

BertelsmannStiftung

Inhalt

Blick voraus: Von reaktiver zu proaktiver Politikgestaltung 3

Drei Szenarien als Reflexionsangebot über die Zukunft 5

1. Deliberative Renaissance: Digitalisierung und ökosoziale Nachhaltigkeit bringen diskursive Blütezeit 6
2. Der virale Staat – like and subscribe to our narrative! Digitale Diskurse und Teilhabe unter rechtspopulistischer Regierung 8
3. Das smarte Volksheim: Digitaler Staatspaternalismus prägt Diskurse und Engagement in einer individualisierten und digitalen Gesellschaft 10

Was uns die Zukunftsszenarien für die Gegenwart lehren 12

Normativer Bewertungsrahmen: Inklusive, respektvolle, offene und transparente Öffentlichkeit 12

Chancen und Risiken in den drei Szenarien 12

Vier Weichenstellungen für die Zukunft 13

Fazit 16

Impressum 17

Blick voraus: Von reaktiver zu proaktiver Politikgestaltung

Digitale Diskurse und demokratische Öffentlichkeit

Weltweit stehen Demokratien unter Druck, und Deutschland bildet dabei keine Ausnahme. Angriffe auf die liberale Demokratie und ihre Werte kommen sowohl aus dem Inneren, mit extremistischen und populistischen Akteur:innen, die nach Macht und Einfluss streben, als auch von außen, da autokratische Staaten um regionale und globale Hegemonie konkurrieren. Zentral für diese Angriffe ist der Kampf um die öffentliche Meinung und die gesellschaftliche Stimmungslage. Hierbei werdenunter anderem Falschinformationen bewusst eingesetzt mit dem Ziel, Emotionen anzuheizen, Polarisierung voranzutreiben und das Vertrauen in Politik, Medien und demokratische Systeme zu untergraben.

In der Ära der sozialen Medien und zu einer Zeit, in der Texte, Bilder und Videos überzeugend mit künstlicher Intelligenz erzeugt oder manipuliert werden können, wird der Wert der demokratischen Öffentlichkeit für das Überleben der Demokratie offensichtlich. Resiliente Demokratien benötigen einen Diskursraum, der verlässliche und vertrauenswürdige Informationen bereithält.

Demokratie lebt davon, dass Politiker:innen und Parteien mit unterschiedlichen Werten und Interessen um die besten Lösungen konkurrieren und dass sich Wähler:innen selbstbewusst und auf Fakten basierend Meinungen bilden können. Sie ist außerdem darauf angewiesen, dass Journalist:innen als korrigierende und aufklärende Kräfte fungieren, die in der Lage sind, Regierungen kritisch zu begleiten und politische Entscheidungen zu hinterfragen. Ohne eine solche Öffentlichkeit, in der zivilisierte Debatten stattfinden können, und ohne Medien, die zuverlässige Informationen liefern, ist eine lebendige Demokratie kaum zukunftsfähig. Aber wie stellen wir sicher, dass die vielfältigen Möglichkeiten digitaler Technologien und Kommunikation dazu beitragen, den Diskurs zu stärken, anstatt zu Polarisierung zu führen?

Digitale Diskurse und demokratische Öffentlichkeit

Wir leben gleichsam in einer Zeit des rasanten Wandels und der stetigen Veränderung – es kostet Mühe, die Gegenwart zu erfassen und Schritt zu halten. Für einen vorausschauenden Blick in die Zukunft bleibt kaum genug Gelegenheit. Das geht, so beobachten wir es, auch den Entscheider:innen in Politik und Gesellschaft so, die zu häufig damit beschäftigt sind, sich mit den Folgen vergangener und gegenwärtiger Probleme zu befassen, anstatt sich zukünftigen Herausforderungen zu stellen. Die Digitalisierung ist bereits heute ein disruptiver Faktor. Sie verändert, wie wir leben, wie wir miteinander sprechen, wie wir uns informieren und uns Meinungen bilden. Sie verändert unsere Öffentlichkeit und unseren öffentlichen Diskurs – beides zentrale Komponenten für die Demokratie, in der wir leben. Wir müssen uns sowohl als einzelne Personen im Alltag an diese Bedingungen anpassen als auch die Art und Weise, wie wir Politik betreiben und politische Diskurse führen, auf diese neuen Realitäten hin ausrichten. Eine Möglichkeit, die Zukunft zu erkunden und diese

Anpassungen vorzunehmen, ist strategische Vorausschau (Strategic Foresight), eine strukturierte Methode, die von Expert:innen geleitet wird.

Um in der aktuellen Politikgestaltung rund um digitale Technologien und Demokratie einen Blick in die Zukunft zu ermöglichen, ist ein solcher Prozess hilfreich. Getrieben vom rasanten Wandel, bleibt politischen Entscheidungsträger:innen oft nur, auf die Herausforderungen, die sich aus der Digitalisierung ergeben, zu reagieren. Proaktiv Prozesse zu gestalten oder Chancen frühzeitig wahrzunehmen oder gar zu nutzen, gelingt leider allzu selten. Mit dem von uns initiierten Prozess wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dieser Tendenz entgegenzuwirken. Denn: Nur wer heute über mögliche Zukünfte nachdenkt, ist auch in der Lage, die nächsten 10 bis 15 Jahre aktiv zu gestalten.

Mit einer interdisziplinären Gruppe aus den Bereichen „Technologie“, „Medien“, „Politik“, „Forschung“ und „Zivilgesellschaft“ haben wir uns auf ein Gedankenexperiment eingelassen und erkundet, wie digitale Technologien die demokratische Öffentlichkeit in den nächsten 10 bis 15 Jahren verändern könnten. Im parallel veröffentlichten Ergebnisbericht finden Sie eine umfassende Dokumentation dieses kollektiven Prozesses. Der vorliegende Policy Brief präsentiert hingegen unsere Reflexion über die Ergebnisse vor dem Hintergrund möglicher Handlungsoptionen für die Politik.

Wir möchten uns an dieser Stelle herzlich bei unseren Expert:innen Carolin von Bredow *(Responsible Technology Hub)*, Christian Mihr *(Reporter ohne Grenzen)*, Gerret von Nordheim *(DER SPIEGEL)*, Hannah Bergmann *(DigitalService)*, Henriette Litta *(Open Knowledge Foundation)*, Iwan Ittermann *(plista)*, Katharina Bonnenfant *(Auswärtiges Amt)*, Lisa Hollenbach *(Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)*, Philip Husemann *(JoinPolitics)*, Philipp Lorenz-Spreen *(Max-Planck-Institut für Bildungsforschung)*, Thorsten Thiel *(Universität Erfurt)* und Olaya Argüeso Pérez *(CORRECTIV)* sowie bei unserer Kollegin Cathleen Berger *(Bertelsmann Stiftung)* bedanken. Ein weiterer Dank gilt Johannes Gabriel und Marcel Hadeed von Foresight Intelligence, die uns durch diesen komplexen Prozess geführt haben.

Drei Szenarien als Reflexionsangebot über die Zukunft

In dem umfangreichen Foresight-Prozess haben wir mit den zwölf Expert:innen einen Blick in die Zukunft gewagt. In sechs Monaten haben wir gemeinsam drei tragfähige Zukunftsszenarien zu dem Thema „Diskurse und demokratische Öffentlichkeit 2035“ entwickelt. Im Mittelpunkt standen unter anderem Fragen wie:

- **Wie könnte die Digitalisierung demokratische Prozesse verändern?**
- **Wo bieten sich neue Möglichkeiten für Teilhabe? Und wo verschieben sich Machtverhältnisse?**
- **Wie könnten digitale Technologien die demokratische Öffentlichkeit und Meinungsbildung verändern?**
- **Wie lassen sich die technologischen Entwicklungen aktiver mitgestalten?**

Anders über die Zukunft nachdenken und reflektieren

Dabei stellen die von uns entwickelten Szenarien keineswegs exakte Vorhersagen dar, sondern sie bilden nur eine Auswahl theoretisch unzähliger möglicher Zukünfte ab. Die Szenarien sind deshalb in ihrer Ausgestaltung nicht zwangsläufig besonders wahrscheinlich. Bei ihrer Formulierung spielte hingegen erstens eine Rolle, ob sie realistisch und in sich logisch konsistent sind. Zweitens sollten sich die ausgewählten Szenarien auch möglichst stark unterscheiden, um das Spektrum denkbarer Zukunftsalternativen breit abzubilden. Letztlich haben wir bei der Erarbeitung auch darauf geachtet, unerwartete und überraschende Entwicklungslinien aufzuzeigen und somit ausgetretene Pfade bewusst zu verlassen. Die Szenarien dienen somit dazu, überhaupt den Möglichkeitsraum der Zukunft systematisch zu erkunden und daraus Erkenntnisse und Ableitungen für die Gegenwart zu gewinnen. Ausführlicher sind die Methode und der Prozess im umfangreichen Abschlussbericht zu unserem Foresight-Prozess dargelegt.

Die Auseinandersetzung mit Szenarien hat nicht das Ziel, Dritte davon zu überzeugen, dass die Zukunft exakt so eintritt. Sie dient vielmehr als Übung dazu, sich von gegenwärtigen Zuständen und Vorstellungen zu lösen, sich irritieren zu lassen und sich auf diese Weise Pfadabhängigkeiten, Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten sowie Ziel- und Wunschvorstellungen bewusst zu machen.

Im Folgenden präsentieren wir nun die drei Szenarien, die jeweils unterschiedliche Konstellationen von Demokratie, Technologie und Öffentlichkeit beschreiben (eine ausführlichere Darstellung der Szenarien findet sich ebenfalls im Abschlussbericht). Unsere eigenen Erkenntnisse und Ableitungen, die wir als Stiftung aus diesem Prozess gewonnen haben, stellen wir in einem kurzen Abschlusskapitel im Anschluss vor.

1 Deliberative Renaissance: Digitalisierung und ökosoziale Nachhaltigkeit bringen diskursive Blütezeit

In Kürze: In diesem Szenario führen Immigration und Bildungsreform zu hoher Digital- und Medienkompetenz in der Gesellschaft in Deutschland. Gleichzeitig beflügelt die erfolgreiche Anwendung künstlicher Intelligenz (KI) einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich in mehr Zeitwohlstand von Arbeitnehmer:innen und daher in mehr zivilgesellschaftlichem Engagement niederschlägt. Der Journalismus ist im digitalen Zeitalter angekommen, und seine neuen Angebote werden breitflächig konsumiert. Digitale Diskursräume sind gut und dialogfördernd reguliert. Entsprechend divers, konstruktiv, zivilisiert und differenziert sind die digitalen Diskurse.

Wie es dazu kam: In der nahen Zukunft gestaltet die Bundesregierung aktiv zentrale Bausteine in der Gesellschaft: Aufgrund des sich zuspitzenden Fachkräftemangels setzt sie grundlegende Reformen in der Migrationspolitik um und profitiert von der Einreise vieler Menschen mit technischem Know-how. Insgesamt gibt es, aufgrund von demografischem Wandel und Fachkräftemangel,eine 180-Grad-Wende zu mehr Offenheit in der Migrationspolitik.

Massiver Druck führt dazu, dass umfassende Reformen im Bildungssystem angegangen werden: Die Lehrer:innen-Ausbildung wird vereinheitlicht und reformiert; Bürokratieabbau für Anwerbung von ausländischen Fachkräften und Quereinsteiger:innen; KI soll gezielt für personalisierte Tutor:innen und zur Überwindung von Sprachbarrieren eingesetzt werden. Die Reformen gehen einher mit einer Neuausrichtung der Schulbildung – weg vom Auswendiglernen, hin zu Fähigkeiten mündiger Bürger:innen, wie digitale und Medienkompetenz oder (selbst-) kritische Reflexion. Die gebündelten Interessen von Zivilgesellschaft sowie Bundes- und Landesregierungen überwinden schließlich die Beharrungskräfte des trägen Bildungssystems.

Außerdem gelingt es der Bundesregierung, den Digital Services Act (DSA) konsequent und proaktiv umzusetzen, wodurch Plattformen verpflichtet sind, ihren Rankingalgorithmen neben monetären auch soziale und deliberative Optimierungsziele vorzugeben und die Zieloptimierung transparent zu machen. Neue Regulierungen zur Interoperabilität stärken den Wettbewerb, sodass die Nutzenden problemlos mitsamt ihrer Reichweite und ihren Inhalten zwischen den Plattformen wechseln können.

KI verändert auch den Journalismus: Das News-Geschäft ist weitestgehend automatisiert und personalisiert. Journalist:innen können sich fortan auf (Investigativ-)Recherche, Meinungsbeiträge und das Kuratieren von Inhalten konzentrieren. Einerseits erlauben sinkende Produktionskosten und lukrative Vereinbarungen mit KI-Firmen den Verlagshäusern, ihre Abonnements preiswerter anzubieten. Andererseits ergattern erste verlagsübergreifende Abo-Modelle signifikante Marktanteile. Diese Entwicklungen stoßen einen kontinuierlichen Entwicklungsprozess in den Geschäftsmodellen von Intermediär:innen an und sorgen für eine Ausdifferenzierung entlang von Themen und Regionen sowie entlang der Medien (von Zeitung zu TikTok). Auf diese Weise erreicht qualitativ hochwertiger Journalismus wieder größere Teile der Bevölkerung, die auch bereit ist für diese Medien zu bezahlen. Ebenso werden auch digitale Diskurse durch KI verändert, denn diese erlaubt eine qualitativ

hochwertige und umfassende Moderation von Inhalten, beispielsweise in sozialen Medien, und führt zu weniger Hass im Netz. Die Kombination aus Migration, Bildung und KI-Integration macht Deutschland zunehmend zu einem erfolgreichen Technologiestandort.

Im letzten Drittel der 2020er-Jahre erfährt die deutsche Wirtschaft eine grundlegende ökosoziale Transformation. Angestoßen wird diese von einem Skandal: Im Jahr 2027 wird bekannt, dass 20 Abgeordnete einer der Regierungsparteien Geld von einem Mobilitätsunternehmen annehmen wollten, um im Gegenzug die CO_2-Preisentwicklung in der EU erheblich auszubremsen. Es folgen Rücktritte und letztlich Neuwahlen im Herbst 2027. Ein junges, progressives Wahlbündnis erreicht mit der Forderung nach ökosozialer Nachhaltigkeit viele, vor allem junge Wähler:innen, die in Rekordzahlen zur Wahl gehen. Auch in der Wirtschaft macht sich ein Generations- und Gesinnungswandel bemerkbar. Immer mehr Unternehmerfamilien richten ihre Unternehmen und privaten Ressourcen auf mehr ökosoziale Nachhaltigkeit aus und gehen damit in einen positiven Wettstreit.

Die Bundestagswahl 2029 ist durch das unternehmerische Umdenken sowie neue Dürre- und Hitzerekorde in den vorherigen Jahren geprägt: Das progressive Wahlbündnis wird zweitstärkste Kraft und erreicht eine Regierungsbeteiligung. Auf dem Arbeitsmarkt zeigt die wirtschaftliche Umstrukturierung ebenfalls Wirkung: Durch die Kopplung von Produktivität und Arbeitszeit nehmen Vollzeitstellen im Jahr 2030 nur noch 30 Wochenstunden in Anspruch. Die Menschen haben mehr Zeit für Freizeit, Kultur, Ehrenamt und zivilgesellschaftliches Engagement.

Das Jahr 2030 wird von einigen als „Renaissance der deliberativen Demokratie“ gefeiert, denn gesellschaftlicher und politischer Diskurs sind – online wie offline – inklusiv, respektvoll und konstruktiv. Die Verfügbarkeit hochwertiger Medien, erfolgreiche Bildungsreformen, technologischer Fortschritt und gelungene digitale Regulierung – insbesondere von Optimierungsalgorithmen – legen die Grundsteine für eine starke inklusive Partizipation. Unterstützt wird sie durch einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der digital sichtbar, präsent und beliebt ist.

In der ersten Hälfte der 2030er-Jahre setzen sich die positiven gesellschaftlichen Entwicklungen fort: Deutschland ist – auch dank KI – ein Integrationswunder gelungen. Die Wirtschaft ist nachhaltig(er) und dynamisch. Die Menschen genießen monetären und zeitlichen Wohlstand. Diesen nutzen sie für zivilgesellschaftliches oder politisches Engagement – beispielsweise in einem der über 100 Bürgerräte oder in gut moderierten digitalen Diskursräumen. In 2035 ist der digitale Raum effektiv und international abgestimmt reguliert.

Das Szenario in 2035: Die umfassende und funktionierende KI-Moderation von digitalen Diskursräumen und neue Optimierungsziele von Algorithmen machen Online-Debatten sachlich und konstruktiv. Hochwertiger Journalismus hat über preiswerte, verlagsübergreifende Abo-Modelle neue Geschäftsmodelle erschlossen, und die Bürger:innen haben Zugang zu hochwertigen Informationen. Viele Bürger:innen haben das Gefühl von zeitlichem und monetärem Wohlstand und engagieren sich zivilgesellschaftlich. Insgesamt ist das Vertrauen in demokratische Institutionen hoch, denn zentrale Themen wie „Digitalisierung“, „Bildung“ und „Migration“ wurden erfolgreich angegangen. Vielfältige Formate werden umfassend zur politischen Beteiligung genutzt.

2 – Der virale Staat – like and subscribe to our narrative! Digitale Diskurse und Teilhabe unter rechtspopulistischer Regierung

In Kürze: Im zweiten Szenario zieht die Angst vor Migration den politischen Diskurs nach rechts. Immer mehr Bürger:innen wenden sich von traditionellen Medien ab und informieren sich stattdessen über soziale Medien. Dies führt zu einer Verzerrung der Realitätswahrnehmung, schürt Angst und Wut und bringt die erste rechtspopulistische Regierung an die Macht. Diese nutzt ihr Mandat zum Umbau der Medienlandschaft und zur aktiven und eigennützigen Regulierung digitaler Diskursräume. Digitale Diskurse sind ins Negative und Extreme verzerrt, unzivilisiert und werden teils staatlich gelenkt. Da Realitätswahrnehmungen immer stärker divergieren, kann kaum mehr von einer informierten und folglich auch nicht von einer demokratischen Öffentlichkeit gesprochen werden.

Wie es dazu kam: Die Ampel-Koalition verliert infolge einer gescheiterten Vertrauensfrage im Jahr 2024 ihre Mehrheit. Eine Jaimaika-Koalition bildet die Übergangsregierung. Diese setzt eine konservative Haushaltspolitik durch: beispielsweise mehr Geld für innere Sicherheit, weniger für Kultur. Der Rundfunkbeitrag wird gekürzt. Vor dem Hintergrund steigender Zahlen von Geflüchteten bleibt das Migrationsthema politisch diskursprägend. Bei der Bundestagswahl 2025 bleibt die Jaimaika-Koalition im Amt, und die AfD erhält nur „relativ moderate“ 15 Prozent. Aber das Migrationsthema treibt den politischen Diskurs insgesamt nach rechts.

Die Debatte eskaliert infolge eines Gewaltereignisses mit Geflüchteten in der Silvesternacht 2025/26, das die Polizei erst am frühen Morgen unter Kontrolle bringt. Der AfD gelingt es, dieses Ereignis geschickt zu nutzen. Insbesondere im digitalen Raum werden von einer neuen Generation identitärer Influencer:innen diskriminierende und rechtspopulistische Narrative ungefiltert verbreitet, die sich rasant wachsender Beliebtheit erfreuen.

Dies wird befeuert durch Lücken im EU Digital Services Act, die dazu führen, dass Algorithmen weiterhin aufmerksamkeitszentriert funktionieren. So sehen Nutzer:innen immer häufiger nur einen sehr kleinen, auf ihre Interessen zugeschnittenen Bereich des großen Ganzen. Die zunehmende „TikTokisierung“ politischer Informationen führt zu einer weiteren Zersplitterung von digitalen Realitäten. Digitale Desinformationskampagnen und virale(r) Content/Videos verstärken den allgemeinen Eindruck, dass in der deutschen Öffentlichkeit keiner mehr sicher ist. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) kann das aufmerksamkeitsgetriebene Narrativ mit seinen sachlichen Inhalten nicht bedienen und verliert weiter an Reichweite. So verbreiten sich Angst, Wut und Hass – und der politische Diskurs rückt immer weiter ins Extreme. Fortan registriert die AfD Zustimmungswerte knapp unter 35 Prozent.

Dies verschafft der AfD bei der Bundestagswahl 2029 erheblichen Aufwind, wo sie klar stärkste Kraft wird und anschließend die Regierungskoalition anführt.

Im folgenden Jahr erleidet der ÖRR eine tiefe Krise: Faktencheckende Content-Creator decken auf, dass verschiedene Landesanstalten unwissentlich Deepfake-Videos und von KI „halluzinierte“ Inhalte verbreitet haben. Die AfD-geführten Bundesländer kündigen

aufgrund des „Vertrauensverlustes“ die Rundfunkstaatsverträge mit ihren regionalen Rundfunkanstalten. Auch die neue Bundesregierung reagiert: Das Bundesministerium für Informationen und Bürgerinteressen beginnt mit der Entwicklung eines sicheren digitalen Ökosystems mit Zugang zu Nachrichten und sozialen Medien ohne Fake News. Schon im April 2031 wird ein Portal für Bürger:innen mit deutschem Pass vorgestellt, in dem staatliche Leistungen beantragt und die tägliche Informationsrede des Ministers angeschaut werden kann. Integriert ist ebenfalls ein soziales Netzwerk, dessen Algorithmus die Reichweite staatlicher Narrative fördert. Vermeintlich staatsfeindliche Propaganda und regierungskritische Stimmen werden hingegen unterdrückt. Aus einigen europäischen Staaten erntet Deutschland Kritik, andere sehen im deutschen Weg ein Vorbild. In der Folge ist die digitale Governance auf EU-Ebene blockiert. Insgesamt schafft die AfD-Regierung somit ein kontrolliertes digitales Ökosystem, das die Deutungshoheit der Regierung über Informationen stärkt.

Gleichzeitig führt eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland und China zu starkem Wirtschaftswachstum in Deutschland und einer Belebung des deutschen Technologiesektors. Die Kombination aus Diskursdominanz und Wirtschaftswachstum beschert der AfD bei den Bundestagswahlen im Jahr 2033 die absolute Mehrheit. Diese stabile rechtspopulistische Mehrheit steht einer immer weiter marginalisierten Zivilgesellschaft entgegen, die kaum noch im öffentlichen Diskurs wahrgenommen wird. Sie agiert allenfalls noch lokal, wo kleine liberale Hochburgen entstehen. Es gibt jedoch keinen breit angelegten nennenswerten Widerspruch zu den Veränderungen in der Migrations- und Klimapolitik. Die Bürger:innen informieren sich fast ausschließlich über soziale Medien und das als sicher wahrgenommene digitale Portal. Insgesamt werden durch die Diskurshoheit der Regierung immer mehr Bürger:innen auf Linie gebracht.

Das Szenario in 2035: Deutschland wird von einer rechtspopulistischen Mehrheit regiert. Die politische Kultur ist von einer stark antieuropäischen Haltung geprägt. Es geht Deutschland zwar wirtschaftlich gut, trotzdem fühlt sich dieser Wohlstand für viele fragil an, sodass die eigenen Lebensverhältnisse eher negativ bewertet werden. Diese Abstiegsangst wird aktiv vom Staat forciert, der eine aktive Moderationsrolle von digitalen Diskursen angenommen hat. Durch das eigens entwickelte Portal mit seiner integrierten Social-Media-Plattform dominiert die Regierung Narrative. Der angewandte Sortierungsalgorithmus und das Incentivierungssystem für Diskursteilnehmende bedingen, dass regierungskritische Stimmen online kaum noch Gehör finden. Entsprechend sind politische Informationen eingefärbt und von geringer Qualität, unabhängiger Journalismus findet kaum statt. Infolgedessen gibt es eine wirkungslose und schwache Zivilgesellschaft, die allenfalls noch lokal aktiv ist.

3 – Das smarte Volksheim: Digitaler Staatspaternalismus prägt Diskurse und Engagement in einer individualisierten und digitalen Gesellschaft

In Kürze: Das dritte Szenario zeichnet sich durch eine erfolgreiche Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung aus, die ein funktionierendes digitales Ökosystem zur Bearbeitung behördlicher Angelegenheiten schafft. Sukzessive wird diese zentrale Anlaufstelle ausgebaut und umschließt bald Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sowie freier Journalist:innen. Hinzu kommt eine Transformation zur Partizipations- und Diskussionsplattform, wodurch der Staat eine zentrale digitale Deutungshoheit erlangt. Die politische Debatte ist durch relatives Desinteresse breiter Bevölkerungsgruppen, eine eher paternalistische Moderation digitaler Diskurse durch den Staat und wenig Vielfalt der Beteiligten gekennzeichnet. Die demokratische Öffentlichkeit hat prinzipiell Zugang zu guten Informationen, ist jedoch wenig an großen politischen Debatten interessiert.

Wie es dazu kam : Schon im Jahr 2024 führt die Erwartung einer Rezession dazu, dass die deutsche Bundesregierung ein Thema umfassend angeht: Digitalisierung. Sie setzt auf drei Bereiche, die durch ein Konjunkturpaket und eine legislative Gestaltung angegangen werden: Investitionen in die deutsche Digitalwirtschaft, Bereitstellung wirksamer Basisdienstleistungen wie Highspeed-Konnektivität oder digitale Identifikation und drittens der Einsatz von demokratie- und wettbewerbsfördernder Regulierung. Das heißt, dass die Interoperabilität zwischen Plattformen durchgesetzt und eine demokratiefördernde KI-Moderation entwickelt wird.

Erfahrbar wird die Digitalisierung für die Bürger:innen schon ab 2026 in der Deutschland-App. Mithilfe einer KI werden staatliche Dienstleistungen vereinfacht bereitgestellt: Anträge werden vorausgefüllt und müssen nur noch freigegeben werden. Rund um die App bildet sich ein digitales Ökosystem, da ihr Sourcecode öffentlich ist, sodass die Privatwirtschaft darauf aufbauend eigene Dienstleistungen entwickeln kann.

Allerdings sollen nicht nur staatliche Services in der App zu finden sein. Auch das Informationsangebot des ÖRR bekommt einen Platz, und die Inhalte werden durch einen Optimierungsalgorithmus dialogfördernd sortiert. Außerdem können auch einzelne Journalist:innen ihre Inhalte zur Verfügung stellen und werden direkt über die Anzahl an Klicks vergütet – dies schwächt mittel- und langfristig die Geschäftsmodelle des traditionellen Journalismus. Soziale Medien verlieren nicht gänzlich an Bedeutung, werden durch die vorgeschriebene Interoperabilität zwischen Plattformen aber stärker integriert. Für die Nutzer:innen öffnet sich so ein Social Media Ökosystem, indem sie sich einfach und flexibel zwischen verschiedenen Diensten und Plattformen bewegen und diese nutzen können. Und für die Anbieter erscheint die Integration in die staatliche App wirtschaftlich attraktiv. Durch die KI-Moderation bleibt der Diskurs im Ökosystem konstruktiv und reflektiert. Die Verquickung von Verwaltungsleistungen und politischem Diskurs erfreut sich großer Beliebtheit, und die Bundesregierung berichtet von 45 Millionen täglich aktiven Nutzer:innen bis Ende 2029. Kritische Stimmen weisen darauf hin, dass die vierte Gewalt so eingeschränkt wird.

Das digitale Konjunkturprogramm stärkt auch die Wirtschaft und bringt Wohlstand. Staat und Gesellschaft digitalisieren sich immer schneller. Erste europaweit tätige Digitalchampions tragen erheblich zum erstarkenden Wirtschaftswachstum bei, beispielsweise im Bereich „KI, Cybersicherheit und Virtual Reality". Wirtschaftlicher Wohlstand und die umfassenden Leistungen des Staates in der App sichern diesem eine hohe Zufriedenheit in der Bevölkerung.

Im Jahr 2032 geht man noch einen Schritt weiter: In der Deutschland-App ist es nun möglich, kommunal an politischen Entscheidungen zu partizipieren – etwa durch lokale Abstimmungen. Bürger:innen können entscheiden, wo eine Buslinie entlangfahren soll oder wie eine Straße benannt wird – schnell und einfach.

Die Regulierung von Algorithmen macht den Staat immer mehr zum Gatekeeper für eine pragmatische und nüchterne Debatte. Über früher hitzig diskutierte Themen herrscht nun Konsens: Migration wird zum Beispiel allein auf den vermeintlichen wirtschaftlichen Nutzen reduziert und ansonsten stark kontrolliert. Allen scheint es wirtschaftlich gut zu gehen, und der Staat erbringt die gewünschten Leistungen. Auch Rechtspopulismus ist nicht mehr attraktiv. Die Bürger:innen haben ihr Interesse an gesamtgesellschaftlichen Fragen verloren und sind zufrieden, im Kleinen beteiligt zu werden. Das soziale Leben findet größtenteils in den KI-moderierten Diskursräumen und zu Hause statt. Dieses Phänomen wird mit dem Begriff „Smart Hygge" beschrieben und verstärkt den Rückgang zivilgesellschaftlichen Engagements. Es existiert insgesamt nur eine apathische und individualisierte Zivilgesellschaft, die einem paternalistischen Staat Platz macht.

Das Szenario in 2035: Es herrscht ein hohes, aber in Teilen naives Vertrauen in demokratische Institutionen. Die eigenen Lebensverhältnisse werden positiv wahrgenommen, denn in Deutschland herrscht wirtschaftlicher Wohlstand. Die Menschen bewegen sich gerne und viel in digitalen Diskursräumen. Der Staat bietet dabei durch eigene Angebote Alternativen zu Facebook, X und Co. und fördert nüchterne Diskurse ohne Hass und Hetze. Die Bürger:innen haben prinzipiell Zugang zu qualitativ hochwertigen Informationen, auch wenn traditioneller, durch Medienhäuser geprägter Journalismus keine hohe Reichweite mehr hat. Das Interesse ist aber überschaubar. Bürger:innen diskutieren selten über die großen politischen Gestaltungsfragen, sondern partizipieren lokal. Dadurch hat die Zivilgesellschaft einen sehr lokalen und begrenzten Rahmen und ist eher schwach.

Was uns die Zukunftsszenarien für die Gegenwart lehren

Die Auseinandersetzung mit explorativen Szenarien dient, wie zu Beginn erwähnt, als Ausgangspunkt für eine systematische Reflexion darüber, welche wünschenswerten Zustände in der Zukunft erreicht werden sollen, welche Entwicklungen zu vermeiden sind und wie sich Pfadabhängigkeiten fortschreiben bzw. abbrechen lassen. Auf der Basis dieser Auseinandersetzung können Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten identifiziert und ausformuliert werden. Hierbei gilt, dass je nach Organisation, Handlungsfeld oder Kontext aus den gleichen Szenarien unterschiedliche Ableitungen folgen können.

Somit sind die im Folgenden formulierten Handlungsempfehlungen weder erschöpfend noch zwangsläufig, sondern sie spiegeln die spezifische Erkenntnis von uns als Auftraggeber wider, die wir aus dem Prozess in Zusammenarbeit mit der Expert:innengruppe gezogen haben. In weiteren Workshops, die wir in anderen Organisationen durchführen möchten, werden vermutlich weitere, hiervon verschiedene Ergebnisse zutage treten.

Normativer Bewertungsrahmen: Inklusive, respektvolle, offene und transparente Öffentlichkeit

Grundsätzlich sind die drei Szenarien wertfreie Beschreibungen. Um zu Handlungsempfehlungen zu kommen, mussten diese innerhalb eines normativen Bewertungsrahmens betrachtet werden. Hierfür haben wir vier Kriterien festgelegt:

Der öffentliche Diskurs soll erstens *inklusiv* und *plural* sein. Damit ist sowohl gemeint, dass prinzipiell alle, die es wünschen, am Diskurs teilnehmen können und die politischen sowie gesellschaftlichen Debatten nicht unverbunden nebeneinander verlaufen, sondern eng vernetzt und füreinander verwoben stattfinden. Der Umgang miteinander soll dabei, trotz aller Kontroversen und Konflikte, zweitens *respektvoll* und von *Toleranz* geprägt sein. Auch über Konfliktlinien hinweg soll somit ein vernünftiger Umgang miteinander möglich sein. Drittens sind Informationen über politische und gesellschaftliche Grundfragen *offen* und *leicht verständlich* zugänglich. Es wird dafür Sorge getragen, dass alle Bürger:innen prinzipiell in der Lage sind, sich über politische Vorgänge ausreichend zu informieren und eine Meinung zu bilden. Und letztlich zeichnet sich die normativ wünschenswerte Öffentlichkeit viertens dadurch aus, dass Interessen oder Beeinflussungen *transparent* kommuniziert werden, sodass Manipulationen oder Verzerrungen erkannt und ggf. verhindert werden können.

Chancen und Risiken in den drei Szenarien

Die Szenarien zeichnen drei sehr unterschiedliche Entwicklungen bis zum Jahr 2035 und Zustände in diesem Jahr. Entsprechend unterschiedlich geartet sind digitale Diskurse und demokratische Öffentlichkeit in den jeweiligen Szenarien, mitsamt den in ihnen enthaltenen Chancen und Risiken.

Im ersten Szenario „Deliberative Renaissance“ führen Immigration und Bildungsreform zu hoher Digital- und Medienkompetenz in der Gesellschaft. Gleichzeitig beflügelt die erfolgreiche Anwendung künstlicher Intelligenz einen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich in mehr Zeitwohlstand von Arbeitnehmer:innen und daher in mehr zivilgesellschaftlichem Engagement niederschlägt. Der Journalismus ist im digitalen Zeitalter angekommen, und seine neuen Angebote werden breitflächig konsumiert. Digitale Diskursräume sind gut und dialogfördernd reguliert. Entsprechend divers, konstruktiv, zivilisiert und differenziert sind die Diskurse in ihnen.

Im zweiten Szenario „Viraler Staat“ zieht die Angst vor Migration den politischen Diskurs nach rechts. Immer mehr Bürger:innen wenden sich von traditionellen Medien ab und informieren sich stattdessen über soziale Medien. Dies führt zu einer Verzerrung der Realitätswahrnehmung, schürt Angst und Wut und verhilft der ersten rechtspopulistischen Regierung zum Wahlsieg. Diese nutzt ihr Mandat zum Umbau der Medienlandschaft und zur aktiven und eigennützigen Regulierung digitaler Diskursräume. Digitale Diskurse sind ins Negative und Extreme verzerrt, unzivilisiert und werden teils staatlich gelenkt. Da Realitätswahrnehmungen immer stärker divergieren, kann kaum mehr von einer informierten und folglich auch nicht von einer demokratischen Öffentlichkeit gesprochen werden.

Das dritte Szenario „Smartes Volksheim“ zeigt eine erfolgreiche Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung, die ein funktionierendes digitales Ökosystem zur Bearbeitung behördlicher Angelegenheiten schafft. Sukzessive wird diese zentrale Anlaufstelle ausgebaut und umschließt bald Inhalte des ÖRR sowie freier Journalist:innen. Mit der Ausweitung auf kommunale Partizipationsmöglichkeiten und der einhergehenden Transformation zur Partizipations- und Diskussionsplattform erlangt der Staat eine umfassende digitale Deutungshoheit. Digitale Diskurse sind durch ein relatives Desinteresse breiter Bevölkerungsgruppen, eine eher paternalistische Moderation digitaler Diskurse durch den Staat und wenig Vielfalt der Beteiligten gekennzeichnet. Die demokratische Öffentlichkeit ist gut informiert, doch wenig an großen politischen Debatten interessiert.

Vier Weichenstellungen für die Zukunft

In Anbetracht der verschiedenen Chancen und Risiken in unterschiedlichen, aber gleichsam plausiblen Zukünften stellt sich die Frage, was Politik heute schon tun kann, um diese offene Zukunft proaktiv und zielgerichtet zu gestalten, ohne befürchten zu müssen, dass sich die gewählte Strategie im Nachhinein als nutzlos, schlimmstenfalls sogar als kontraproduktiv darstellt. Betrachten wir nun die drei Szenarien durch die Linse des zuvor dargestellten normativen Bewertungsrahmens, können wir für uns die folgenden vier Handlungsfelder ableiten. Diese zeichnen sich gerade dadurch aus, dass sie sich – heute in Angriff genommen – unabhängig davon, welches Szenario eintritt, in der Zukunft sehr wahrscheinlich als hilfreich und nützlich erweisen. Wir bezeichnen diese Handlungsfelder als Weichen, also vielversprechende Wege die eingeschlagen sollten, um der positiven Gestaltung der Zukunft proaktiv entgegenzuwirken und Sackgassen, bzw. regressive Wege zu vermeiden.

1 Stärkere Anreize für bürgerschaftliches Engagement für Demokratie schaffen

In allen drei Szenarien kommt einer aktiven und von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragenen Zivilgesellschaft eine entscheidende Bedeutung zu. Im ersten Szenario „Deliberative Renaissance“ ist sie Garant für eine plurale Gesellschaft und eine vitale Demokratie. In den beiden anderen Szenarien wird deutlich, wie sehr die Demokratie darunter leidet, wenn die Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement verkümmern. Sowohl die Förderung individuellen Engagements als auch der Erhalt und Ausbau förderlicher Rahmenbedingungen und Strukturen sind essenziell für das Gedeihen der Demokratie. Und diese sollten bereits heute auf- oder ausgebaut werden. Neben den bislang bereits anerkannten Formen des Engagements kommt, abgeleitet aus unseren Szenarien hinzu, dass der Einsatz für Demokratie und konstruktive öffentliche Diskurse stärker (politisch) unterstützt werden sollte. Dazu gehört beispielsweise, in welchem Rahmen politische Betätigung für gemeinnützige Organisationen zulässig ist. Denn ohne die Strukturen und Organisationen, die Orte und Gelegenheiten für ein Engagement bieten, könnte es in Zukunft schwerer fallen, attraktive Anreize dafür zu schaffen.

2 Partizipative Regulierung digitaler Diskurse einführen

Regulative Eingriffe in digitale Diskurse, gerade im Hinblick auf die Moderation von Inhalten, erweisen sich als entscheidende Faktoren für die Qualität und Ausrichtung der demokratischen Öffentlichkeit. Zum einen kommt dem Staat eine besondere Verantwortung zu, seine Bürger:innen auch auf digitalen Plattformen zu schützen, Hass und Hetze zu bekämpfen sowie die Verbreitung von Desinformationen einzuschränken. Zum anderen bergen diese Eingriffe stets auch die Gefahr, dass der Staat dadurch in die Lage versetzt wird, zu weit gehend in die Freiheiten seiner Bürger:innen einzugreifen und diese Handlungsmöglichkeiten unter Umständen zu missbrauchen. Eine Möglichkeit, um beides zu verhindern wäre, die Regulierung digitaler Diskurse partizipativer zu gestalten. Dies hieße, sie weder allein dem guten Willen der Plattformen zu überlassen noch vollständig in die Hände des Staates zu legen. Durch eine dezidiert partizipative Arbeitsweise würden sich möglichst weite Teile der Gesellschaft der Bedeutung von Moderation sowie von ihren Regeln und Infrastrukturen bewusst werden und aktiv an der Erarbeitung von Handlungsoptionen beteiligt.

Ein solches Vorgehen könnte Diskurse sowohl gegenüber staatlichem Paternalismus (Smartes Volksheim) als auch gegenüber parteipolitischer Übernahme digitaler Diskursräume (Viraler Staat) stärken und zugleich Pluralität fördern (Deliberative Renaissance).

3 Unabhängige Kontrollinstanz von Regulierungsvorhaben des digitalen Raumes gründen

Der vorherige Vorschlag für eine partizipative Regulierung von digitalen Diskursen betont eher die notwendigen normativen Auseinandersetzungen über die Art und Weise der Moderation von Inhalten in digitalen Kontexten. Daneben besteht aber weiterhin der Bedarf, die Einhaltung der vorhandenen rechtlichen Regelungen durch die Anbieter:innen digitaler Kommunikationsdienste und Plattformen verbindlich zu überprüfen. Auch hier könnte ein

Demokratiegewinn entstehen, wenn diese Überprüfung nicht allein durch staatliche Stellen erfolgt. Vielmehr sollten Mechanismen entwickelt werden, um die Zivilgesellschaft systematisch und gleichberechtigt an der Kontrolle der Einhaltung der Vorgaben des Digital Services Acts (DSA) zu beteiligen. Langfristiges Ziel könnte die Etablierung eines Multi-Stakeholder-Ansatzes für die Fortentwicklung der zu beurteilenden Standards sein, der die systematische und gleichberechtigte Beteiligung der Zivilgesellschaft sicherstellt. So können technische Aspekte der Regulierung von Diskursräumen geklärt und die Umsetzung des DSA, inklusive seines Risk Assessments, überprüft werden. Die Einbindung der Zivilgesellschaft bei der Fortentwicklung der Regulierung digitaler Diskursräume – und konkret ihrer Optimierungsalgorithmen – würde sich positiv auf alle beschriebenen Szenarien auswirken: Dies könnte die staatliche Vereinnahmung der Regulierung und deren eigeninteresse-geleitete Nutzung unterbinden (Smartes Volksheim). Ebenso könnte es der Verrohung des digitalen Diskurses und dem Aufheizen des politischen Klimas (Viraler Staat) entgegenwirken. Zuletzt könnte es den gesunden und vielfältigen digitalen Austausch (Deliberative Renaissance) fördern.

4 Zukunftsfähige Finanzierungsmodelle für Journalismus im digitalen Zeitalter sicherstellen

Deutlich wurde in allen Szenarien, dass ein verlässlicher und gut aufgestellter Journalismus essenziell sowohl für die Qualität der digitalisierten Öffentlichkeit als auch für die Demokratie selbst ist. Zugleich stehen zahlreiche journalistische Angebote bereits heute vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Hinzu kommt künftig, dass gerade KI-basierte Angebote einerseits massiv journalistische Inhalte als Trainingsbasis verwenden und andererseits selbst immer weitere Informationsangebote bereitstellen. Daher könnte es eine interessante Option sein, die Finanzierung von Journalismus mit der Verwendung von KI zu koppeln. Eine Möglichkeit hierfür wäre, die Vermarktung von journalistischen Texten und Archiven gebündelt zu regeln. Europäische Journalisten-Verbände könnten das Thema aufgreifen, und die Europäische Kommission könnte – auf dem kommenden AI Act und dem EU Data Act aufbauend – die Schaffung eines „EU Data Commons“ anstreben.

Ein solches Data Commons wäre in allen Szenarien wirksam. Es würde die Erschließung der digitalen Domäne durch traditionelle Medien unterstützen und wirtschaftlich absichern. Im Szenario „Deliberative Renaissance“ ermöglicht ein solches Vergütungssystem das preiswerte – und daher breitflächig zugängliche – Angebot von Nachrichten-Abos. In den Szenarien „Viraler Staat“ und „Smartes Volksheim“ könnte eine wirtschaftlich starke vierte Gewalt der Vereinnahmung digitaler Diskursräume durch den Staat (Paternalismus einerseits und Rechtspopulismus andererseits) entgegentreten. Gleichzeitig findet das Data Commons Anschluss an die Ambition eines einheitlichen digitalen Ökosystems, die in den Szenarien „Smartes Volksheim“ und „Deliberative Renaissance“ präsentiert wird.

Fazit

Die oben beschriebenen Handlungsoptionen sind das Ergebnis einer umfassenden Analyse und eines strukturierten Gruppenprozesses. Diese Optionen beanspruchen nicht, vollständig zu sein. Vielmehr laden sie die Leser:innen dazu ein, weitere Gestaltungsoptionen zu entwickeln – insbesondere aus der Perspektive anderer relevanter kollektiver Akteur:innen. Ziel ist es, den ungewissen Möglichkeitsraum proaktiv, zielorientiert und unter systematischer Berücksichtigung alternativer Entwicklungen zu gestalten.

Im Kern soll dieses Produkt dazu anregen, sich intensiv mit der Zukunft auseinanderzusetzen. Dabei steht die Reflexion der eigenen Organisation und Perspektive im Vordergrund, um innovative Gestaltungsoptionen zu entwickeln. Die von uns skizzierten Optionen dienen als Beispiele, und es gibt zweifellos zahlreiche weitere Ansätze, um zukünftige Diskurse inklusiv, plural, respektvoll, offen und transparent zu gestalten. Dies gilt besonders im Hinblick auf die verzerrenden und ordnenden Regeln und Algorithmen.

Unabhängig von der Anzahl und Art der Handlungsoptionen bleibt zentral, dass sich relevante Akteur:innen mit der Zukunft auseinandersetzen müssen. Die skizzierten Risiken können in der Zukunft nur vermieden werden, wenn man bereits heute beginnt, Maßnahmen zu ergreifen, auch wenn diese Risiken momentan noch nicht virulent erscheinen. Gleiches gilt für die zahlreichen Möglichkeiten, die technologische Entwicklungen bieten können. Diese Chancen sollten verantwortungsbewusst und mit Blick auf ihren Nutzen für Gesellschaft und Demokratie genutzt werden.

Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, dass alle relevanten Akteur:innen aktiv an der Gestaltung der Zukunft teilnehmen. Dies erfordert nicht nur eine vorausschauende Denkweise, sondern auch die Bereitschaft, sich kontinuierlich mit neuen Entwicklungen und Herausforderungen auseinanderzusetzen. Nur durch ein gemeinsames Engagement und eine kooperative Herangehensweise können wir sicherstellen, dass die Zukunft inklusiver, gerechter und nachhaltiger gestaltet wird.

Letztendlich sollen diese Handlungsoptionen als Inspirationsquelle dienen und dazu motivieren, über den Tellerrand hinauszuschauen. Sie sollen dazu anregen, innovative Lösungen zu entwickeln, die den vielfältigen Anforderungen und Herausforderungen unserer Zeit gerecht werden. In einer Welt, die sich ständig verändert, ist es unerlässlich, dass wir flexibel und anpassungsfähig bleiben, um die Chancen, die sich uns bieten, bestmöglich zu nutzen.

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, Juli 2024

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Upgrade Democracy
www.upgradedemocracy.de

Autor:innen
Charlotte Freihse
Kai Unzicker

Verantwortlich
Charlotte Freihse
Kai Unzicker

Gestaltung
nach morgen

Korrektorat
Paul Kaltefleiter

Zitationshinweis
Freihse, Charlotte und Kai Unzicker. 2024.
Digitale Diskurse und demokratische Öffentlichkeit 2035.
Wie Politik heute die Zukunft gestalten kann.
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

DOI-Nummer: DOI 10.11586/2024099